

Hamburger Nachhaltigkeitskonferenz: Bundesregierung und Unternehmen engagieren sich gegen Tiefseebergbau

29.6.2026 - | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Bundesumweltminister Carsten Schneider nimmt heute an der Hamburg Sustainability Conference (HSC) teil. Im Fokus der Konferenz steht die zentrale Bedeutung des Umwelt- und Klimaschutzes zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs). Im Rahmen der Konferenz wird der Bundesumweltminister unter anderem CEOs aus der Technologiebranche treffen, um gemeinsam ein Zeichen für einen vorsorgeorientierten Schutz der internationalen Tiefsee zu setzen. Zudem wird er Veranstaltungen zur Kreislaufwirtschaft, zur Bekämpfung von Umweltkriminalität sowie zu nachhaltiger, grüner Finanzierung wahrnehmen. Die Hamburg Sustainability Conference gilt als eine der weltweit bedeutendsten Konferenzen im Bereich nachhaltige Entwicklung.

Bundesumweltminister Carsten Schneider: "Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen ist ein Versprechen an die Menschheit für ein gutes Leben. Gerade beim Umwelt- und Klimaschutz braucht es weiterhin unseren vollen Einsatz. Deutschland schiebt mit an und hat Lösungen zu bieten. Das macht uns nicht nur unabhängiger von knappen Ressourcen, sondern stärkt zudem unsere Wettbewerbsfähigkeit. Ein Beispiel: Gemeinsam mit wichtigen Unternehmen setzen wir auf der Hamburger Nachhaltigkeitskonferenz ein starkes Signal gegen die Ausbeutung der Tiefsee – denn wir wissen noch viel zu wenig über sie. Wir brauchen keine Rohstoffe aus den Meeren, wenn wir kluge Kreislaufwirtschaft etablieren und beispielsweise seltene Metalle recyceln. Damit schützen wir die Meere und machen uns wirtschaftlich unabhängig."

Das BMUKN bringt zusammen auf Initiative des WWF am Rande der Hamburg Sustainability Conference global agierende Unternehmen zusammen, die im **Tiefseebergbau** den von Deutschland vorangetriebenen Vorsorgeansatz unterstützen und Alternativen fördern. Im Rahmen der Internationalen Meeresbodenbehörde laufen intensive Verhandlungen über ein Regelwerk für den potenziellen Abbau mariner mineralischer Ressourcen aus der Tiefsee. Dabei setzt sich Deutschland gemeinsam mit derzeit 42 weiteren Staaten dafür ein, dass kommerzieller Tiefseebergbau nicht genehmigt wird, solange nicht durch das Regelwerk sichergestellt ist, dass die Meeresumwelt gegen die Auswirkungen solcher Abbauvorhaben effektiv geschützt werden kann.

Zudem setzt das Bundesumweltministerium im Rahmen der HSC ein Zeichen im Kampf gegen die internationale Umweltkriminalität. Ein von BMUKN und **INTERPOL** organisierter hochrangiger Runder Tisch bringt Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen, internationalen Organisationen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammen, um die Kooperation bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Umweltkriminalität systematisch weiter auszubauen. Das BMUKN stellt für die künftige Zusammenarbeit zusätzlich 1,5 Millionen Euro für das gemeinsame Projekt "GAIA" bereit.

Ein weiteres wichtiges Thema wird mit der **Green Guarantee Group (GGG)** diskutiert: Weltweit fließt Kapital zunehmend in grüne, klimafreundliche Technologien und Infrastrukturen. Dennoch bleibt die Finanzierung der Transformation für Entwicklungs- und Schwellenländern herausfordernd. Garantien sind dabei ein geeignetes Instrument der Risikoteilung. Den Einsatz von Garantien zu erhöhen ist Kernanliegen der vom BMUKN unterstützten Green Guarantee Group

(GGG). Auf der HSC diskutiert die GGG, wo weitere Synergien für grüne Finanzierungen erzielt werden können und welche Erfahrungen sich von staatlichen Exportkreditagenturen übertragen lassen. In diesem Rahmen wird das BMUKN der Green Guarantee Company 35 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Die Mittel ermöglichen dem weltweit ersten privaten Anbieter für grüne Garantien die Absicherung von großvolumigen privaten Finanzierungen in Höhe von bis zu 250 Millionen Euro für Klimaschutz, Anpassung und Resilienz.

<https://www.bundesumweltministerium.de/pressemitteilung/hamburger-nachhaltigkeitskonferenz-bundesregierung-und-unternehmen-engagieren-sich-gegen-tiefseebergbau>